

Kantonsräte wollen die Gasterumfahrung vorziehen

Die Kantonsräte aus der Region reagieren schnell auf das Tunnel-Nein. SVP und CVP fordern, die Entlastungsstrasse A53 solle vorgezogen werden. Auch Stadtpräsident Erich Zoller hat eine der Interpellationen unterzeichnet.

Von Marc Allemann

St. Gallen. – Die Millionen, die für den Tunnel in Rapperswil-Jona bestimmt waren, sollen im Linthgebiet bleiben. Wie auf ein übriggelassenes Stück Schokoladentorte stürzten sich gestern SVP- und CVP-Kantonsräte auf die freigewordenen Mittel.

Die CVP-Kantonsräte Peter Göldi (Gommiswald), Beat Jud (Schmerikon) und Urs Roth (Amden) trafen sich gestern Morgen in St. Gallen und formulierten vor der Kantonsratssession die Interpellation «Stillstand im Linthgebiet verhindern». Die von zehn Kantonsräten unterzeichnete Interpellation fordert die Regierung auf, nach dem Tunnel-Nein die Entlastungsstrasse A53 vorzuziehen.

Die SVP-Fraktion hatte die gleiche Idee und formulierte ihre eigene, dringliche Interpellation. Die Verkehrsprobleme im Uzner Städtchen und beim Bahnübergang seien für Bewohner und Gewerbe unhaltbar. Sie fordert die Regierung auf, das Entlastungsprojekt vorzuziehen, nachdem der Tunnel vorläufig vom Tisch sei.

Regionalpolitische Interessen

Das Projekt Entlastungsstrasse A53 ist weit fortgeschritten. Die St. Galler Regierung hat das Projekt im aktuellen Strassenprogramm für die Jahre 2009–2013 aufgenommen. Die Umfahrungsstrasse ist jedoch nicht in der obersten Prioritätenliste aufgeführt. Zusammen mit vielen anderen Strassenprojekten wurde sie auf die lange Bank geschoben.

Nach dem Tunnel-Nein wollen die Kantonsräte nun sicherstellen, dass die Region nicht zu kurz kommt. «Die Umfahrung musste hinter dem Tunnel anstehen. Das war auch richtig so», sagt Peter Göldi (CVP). Das Linthgebiet müsse nun seinen Anspruch auf eine schnell realisierbare Verkehrsentslastung im Rat geltend machen. Die Gasterumfahrung sei vom Baudepar-



Stark befahren: Das Städtli von Uznach ächzt unter der Verkehrslawine.

Bild Maya Rhyner

tement bereits positiv beurteilt worden. «In Rapperswil-Jona muss man bezüglich Tunnel nun zuerst eine Pause einlegen und eine Auslegeordnung machen», meint Göldi.

Stapi unterschreibt

Die Interpellation der CVPler hat auch Erich Zoller unterschrieben. Der Stadtpräsident von Rapperswil-Jona macht sich nach der Abstimmungsschlappe also für ein anderes Projekt in der Region stark.

Völlig schockiert ob dieser Unterstützung ist FDP-Kantonsrätin Marie-Theres Huser (Rapperswil-Jona.)

«Als Stadtpräsident von Rapperswil-Jona hätte sich Herr Zoller da raus-

halten müssen», sagt Huser. Die Präsidentin von «Pro Mehr Lebensraum» hatte sich stark für den Tunnel eingesetzt.



«Rapperswil-Jona gehört zur Region. Auch für uns ist die Gasterumfahrung wichtig»

Erich Zoller ist CVP-Kantonsrat und Stadtpräsident von Rapperswil-Jona.

tuellen Strassenbauprogramm Platz finden, da die Diskussion um Lösun-

gen nun wieder von vorne beginne. «Sobald Rapperswil-Jona ein neues Verkehrsentslastungsprojekt vorweisen kann, wird es ebenfalls auf die Solidarität der anderen Gemeinden in der Region zählen müssen.»

Das Linthgebiet steht mit seinem Anspruch auf Strassenbau-Gelder nicht alleine da. «Das ist nur der Anfang», sagt CVP-Kantonsrätin Suter auf die Interpellationen angesprochen. Andere Regionen stünden ebenfalls in den Startlöchern: Sie würden auch um das freigewordene Geld buhlen. Jede Region werde ihre Projekte vorziehen wollen.

Die Antwort der Regierung werden die Interpellanten spätestens in der Novembersession erfahren. Bis dann werden vermutlich auch andere Regionen ihre Ansprüche angemeldet haben. Bereits heute muss der Rat entscheiden, ob die SVP-Interpellation als dringlich einzustufen ist.

KOMMENTAR 5. SPALTE

KOMMENTAR

WER ZU SPÄT KOMMT, DEN BE-STRAFT DAS LEBEN

Von Marc Allemann

Wie von langer Hand geplant, trafen während der Kantonsratssession zwei Interpellationen ein. Einen Tag nach dem klaren Tunnel-Nein stürzten sich die Kantonsräte aus der Region auf die Millionen, die Rapperswil-Jona nicht will. Die Botschaft der Interpellanten ist unmissverständlich: Der Tunnel wird vorläufig nicht gebaut – gebt das Geld trotzdem der Region.

Sogar Stadtpräsident Erich Zoller setzte seine Unterschrift unter eine Interpellation, die eine schnelle Realisierung der Umfahrung Gaster fordert. Er handle aus Solidarität, argumentiert er. Der Tunnel sei zwar wichtig, aber nun müsse wieder alles von vorne diskutiert werden.

Was die Tunnel-Gegner nicht wahrhaben wollten, ist nun eingetroffen. Viel schneller, als es die grössten Pessimisten erwartet hatten. Zahlreiche Strassenprojekte mussten wegen des Tunnels auf die lange Bank geschoben werden. Nun wird jede Region ihre Umfahrungsstrasse oder Strassenkorrektur zuoberst auf der Ersatzliste platzieren wollen. Rapperswil-Jona wird das Nachsehen haben – und wieder ganz hinten anstehen müssen.

Für das Linthgebiet und vor allem für Uznach ist das Tunnel-Nein eine grosse Chance, das wichtige Umfahrungsprojekt doch noch in den nächsten Jahren aufzugleisen. Dass die Interpellanten sich so schnell auf die Millionen stürzen, mag respektlos erscheinen. Doch das Regionen-Lobbying ist eine Realität der kantonalen Politik.

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Jahrzehntelange politische Vorarbeit sind nötig, um Strassenbauprojekte Wirklichkeit werden zu lassen. Bei der nächsten Abstimmung sollte das bedacht werden.

malleman@suedostschweiz.ch

Der Kantonsrat redet bei der Spitalplanung mit

Der Kanton St. Gallen wird zum Sonderfall: Der Kantonsrat redet künftig bei der Spitalplanung mit und genehmigt die Spitalliste. Das Parlament hat gestern der Regierung die Zuständigkeit entzogen. Der Entscheid fiel knapp.

St. Gallen. – Die vorberatende Kommission des Kantonsrats beantragte, die Genehmigung der Spitalplanung und der Spitalliste, die heute bei der Regierung liegt, dem Parlament zu übertragen. FDP und SVP unterstützen diese Anträge. «Wir wollen eine Spitalplanung, die sich am Bedarf orientiert», sagte FDP-Kantonsrat Walter Locher.

«Mit dem neuen Gesetz ist der Kanton nicht mehr nur für vier Spitalregionen zuständig», sagte Barbara Gysi für die SP. Die Spitalliste sei kein politisches Instrument und nicht dazu da, einzelne Privatspitäler auf die Liste zu bringen.

Die CVP- und die SP-Fraktion sprachen dem Parlament die Kompetenz

ab, Leistungsaufträge für die Spitäler beurteilen zu können. Ein entsprechender Antrag der vorberatenden Kommission wurde mit 38 zu 68 Stimmen deutlich abgewiesen.

Die Kantone seien sich einig, sagte Gesundheitschefin Heidi Hansel-



Vergeblich gewehrt: Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann.

Bild Regin Kühne

mann. Mit einer Ausnahme hätten alle Kantone beschlossen, die Spitalplanung bei der Regierung zu belassen, für Spitalisten und Leistungsaufträge bleiben durchwegs die Kantonsregierungen zuständig.

Der Kanton St. Gallen würde aus-

scheren und dem KVG zuwiderhandeln. Auf die Spitalstandorte habe die Vorlage keinen Einfluss, sagte Hanselmann. Mit 57 zu 55 Stimmen entzog das Parlament aber der Regierung die Zuständigkeit.

Gelder für Privatspitäler

Mit dem neuen Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung setzt die St. Galler Regierung eine von National- und Ständerat beschlossene Neuregelung um.

Der Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Spitälern wird neu geregelt. Privatspitäler erhalten ebenfalls Beiträge des Staates, sofern sie auf der Spitalliste sind (die «Südostschweiz» berichtete).

Die neue Spitalfinanzierung führt im Jahr 2012 zu Mehrkosten von rund 20 Millionen Franken für den Kanton St. Gallen. Diese sind vor allem auf höhere Kosten für ausserkantonale Hospitalisationen als Folge der freien Spitalwahl und auf die Mitfinanzierung innerkantonalen Privatspitäler zurückzuführen. Der Kanton muss künftig bei Listenspitälern 55 Prozent der Kosten tragen. (sda)

NEUSTER BLOG-EINTRAG



Heute von: Amelie-Claire von Platen
Blog-Thema: Danuser von Platen – Zeitzeichen
Neuster Beitrag: Bock auf Blog – ein Jahr Zeitzeichen

Nachzulesen unter:

SÜDOSTSCHWEIZ.CH
mein Regionalportal.

ANZEIGE

Das Original der Mitte.
In den Nationalrat.

Listen 6 & 7
original-der-mitte.ch